

Virtuelles Stoppschild

Wie der Kampf gegen Kinder pornos funktioniert

Von Thorsten Jungholt

Während sexueller Missbrauch in Deutschland insgesamt rückläufig ist, nimmt der Vertrieb kinderpornografischer Bilder und Videos laut Bundeskriminalamt zu. Das will die Regierung jetzt mit einem neuen Gesetz erschweren. Doch noch sind nicht alle Fragen und Probleme gelöst.



Die Karte zeigt, welche Länder bereits Kinderporno-Seiten sperren. Foto: Infografik WELT

Kinderpornografie, findet Julia von Weiler, ist ein ziemlich schwaches Wort. Die Diplom-Psychologin ist Geschäftsführerin der deutschen Sektion von „Innocence in danger“, einer internationalen Organisation, die sich dem Kampf gegen Missbrauch und sexuelle Ausbeutung von Kindern im Internet verschrieben hat.

Deshalb kennt Weiler das Grauen, das sich hinter dem nüchternen Begriff Kinderpornografie verbirgt: Die Bilder von Kindern und Babys, die vor laufender Kamera geschändet werden. Die Schreie, die im Internet hörbar sind. Und sie weiß, dass viele Kinder ihr ganzes Leben an den Folgen der Vergewaltigungen leiden. Manchmal sterben sie sogar daran.

„Innocence in danger“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, alle im Kampf gegen Kindesmissbrauch aktiven Akteure miteinander zu vernetzen. Julia von Weiler ist ziemlich erfolgreich darin. Im Mai 2008 traf sie bei einem Berliner Abendessen von US-Botschafter Robert Timken, der bei der amerikanischen Sektion der Organisation engagiert ist, den Präsidenten des Bundeskriminalamtes (BKA), Jörg Ziercke. Im August gab Weiler dann gemeinsam mit Ziercke eine Pressekonferenz, auf der sie gemeinsam ein Gesetz zur Sperrung einschlägiger Internetseiten von der Bundesregierung forderten.

Kurz darauf war Weiler auf einer internationalen Konferenz zum Schutz vor sexueller Gewalt gegen Kinder in Rio de Janeiro, die auch Familienministerin Ursula von der Leyen besuchte. Seitdem engagiert sich auch die CDU-Politikerin für ein neues Gesetz. „Da ist mir zum ersten Mal klar geworden, was eigentlich Kinderpornografie ist“, sagte von der Leyen nach ihrem Rio-Besuch. „Ich habe das Ausmaß des Grauens vorher nicht gekannt.“ Und ihr war auch nicht klar, dass andere Länder längst mit Internetsperren gegen diesen kommerziellen Massenmarkt mit perversen Material und Millionenumsätzen ankämpfen.

Also wurde von der Leyen aktiv. Auf ihren Vorschlag beschloss das Bundeskabinett Eckpunkte zur Änderung des Telemediengesetzes. Dadurch soll der Zugriff auf Kinderporno-Seiten auf ausländischen Servern nur noch schwer möglich sein. Das BKA soll Seiten mit kinderpornografischen Inhalten auflisten und den Internet-Providern melden. Auf dieser Grundlage blockieren diese dann den Zugang – eine Art virtuelles Stoppschild. Das Gesetz soll möglichst noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden. Dafür ist allerdings noch einiges an Detailarbeit zu leisten. Computerexperten halten technische Blockaden im Internet für leicht zu umgehen. Außerdem sehen sie die Gefahr einer staatlichen Zensur. Und Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) wies auf verfassungsrechtliche Probleme hin. Von der Leyen wies diese Bedenken zurück. Eine Ausweitung der Sperren auf andere Inhalte werde ausdrücklich ausgeschlossen, die Gefahr einer Zensur bestehe also nicht. Verfassungsrechtlich müsse abgewogen werden: „Die Würde eines Kindes ist ein höheres Gut als die Massenkommunikation.“ Und was die technische Machbarkeit angeht, wies sie auf eine Studie des BKA hin. Danach machen die schwer Pädokriminellen etwa 15 bis 20 Prozent der Besucher einschlägiger Seiten aus. Deren kriminelle Energie würde auch künftig ausreichen, die Sperren zu umgehen. „Aber die meisten, also rund 80 Prozent, werden durch die Sperrung daran gehindert, immer tiefer in den Sumpf hineingezogen zu werden“, sagte von der Leyen.

Tatsächlich ist Kinderpornografie durch das Internet zu einem Massengeschäft geworden. Während sexueller Missbrauch in Deutschland insgesamt rückläufig ist (siehe Grafik), hat der Vertrieb kinderpornografischer Bilder und Videos laut BKA zwischen 2006 und 2007 um 55 Prozent zugenommen. 2007 ermittelte das BKA 11357 Fälle, 2006 waren es noch 7318. Im Internet hat sich die Zahl im gleichen Zeitraum um 111 Prozent mehr als verdoppelt: von 3271 auf 6206 Fälle. Immer häufiger werden dabei Kleinstkinder missbraucht.

Von der Leyens Initiative stieß beim BKA, Europol und dem Kinderschutzbund auf Zustimmung. Und natürlich auch bei Julia von Weiler. „Es hat lange gedauert, aber nun bekommen wir endlich dieses gesetzgeberische Signal“, sagte die Geschäftsführerin von „Innocence in danger“. Natürlich könne ein Land allein wenig erreichen, aber allmählich entstehe ein weltweites Netzwerk. Tatsächlich forderte die EU-Kommission gestern alle Mitgliedstaaten auf, Kinderporno-Seiten im Internet zu sperren.